



Presseschau vom 08.11.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Kiew führt Freiheitsstrafen für Bürger Russlands wegen illegalen Grenzübertritts ein

Bürgern Russlands droht die strafrechtliche Verfolgung wegen des illegalen Übertritts der ukrainischen Grenze. Das sieht ein vom ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko unterschriebenes Gesetz vor, wie die russische Internetzeitung „Vzglyad“ (*vz.ru*) berichtet. Gemäß der bislang gültigen Gesetzgebung der Ex-Sowjetrepublik ziehen derartige Verstöße administrative Verantwortung nach sich – Geldbuße oder 15-tägiger Arrest.

„Der Übertritt der ukrainischen Grenze durch eine Person – Bürger des Aggressor-Staates – oder durch eine andere Person, die im Interesse des Aggressor-Staates handelt, ohne entsprechende Dokumente oder mit Papieren mit falschen Angaben oder außerhalb der Grenzübergangspunkte ist strafrechtlich zu ahnden“, heißt es im Begleitschreiben zum Gesetz. Für den illegalen Übertritt der Grenze der Ukraine sieht das Gesetz eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren vor. Bei wiederholter Tat oder beim Übertritt der Grenze als Mitglied einer Gruppe wird die Freiheitsstrafe auf drei bis fünf Jahre erhöht. Sollte ein Bürger Russlands dabei mit der Waffe gefasst werden, drohen ihm bis zu acht Jahre Haft.

Das Dokument tritt nach seiner offiziellen Veröffentlichung in Kraft.

dnr-sckk.ru: Wie zuvor mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine heute um 18:55 das Feuer auf die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks im Westen von

Donezk eröffnet.

In der Folge eines Beschusses entstand ein Brand in einem Wohnhaus in der Mark-Osernyj-Straße 50.

Wegen des anhaltenden Beschusses können die Feuerwehrmannschaften des Zivilschutzministeriums der DVR nicht an den Ort des Geschehens kommen, um den Brand zu löschen. Die Vertretung der DVR im GZKK hat Sicherheitsgarantien bei der ukrainischen Seite im GZKK zur Herstellung eines nachhaltigen Regimes der Feueinstellung in diesem Gebiet angefragt.

de.sputniknews.com: Libyscher Marschall berät in Moskau

Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu hat mit dem libyschen Feldmarschall Chalifa Haftar am Mittwoch die Lage in Libyen, den Antiterrorkampf und die Sicherheitsthematik im Nahen Osten und in Nordafrika erörtert. Der Befehlshaber der Nationalen Befreiungsarmee Libyens weilt in Russland zu einem Besuch.

„Im Verteidigungsministerium Russlands hat ein Treffen des Verteidigungsministers der Russischen Föderation, Armeegeneral Sergej Schoigu, mit den Befehlshaber der Libyschen Nationalen Armee, Marschall Chalifa Haftar, stattgefunden“, teilte das Verteidigungsamt mit. Besprochen worden seien Fragen der Sicherheit in der Nahost-Region und in Nordafrika, ebenso der Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die Regelung der Krise in Libyen.

Mit dem vom Westen unterstützten Sturz des langjährigen Herrschers Muammar Gaddafi 2011 brach Libyen entzwei. Im Land tobt seitdem ein Bürgerkrieg, der bisher etwa 40.000 Menschenleben gefordert haben soll. Gegenwärtig gibt es in Libyen eine Doppelherrschaft – im Osten des Landes, in der Stadt Tobruk, tagt das vom Volk gewählte Parlament, im Westen – in der Hauptstadt Tripolis – regiert die mit Unterstützung der Uno und Europas gebildete Regierung des nationalen Einvernehmens mit Premierminister Fayiz as-Sarradsch an der Spitze.

Die Behörden im Osten des Landes agieren unabhängig von Tripolis und arbeiten mit der Nationalen Befreiungsarmee zusammen, die der Feldmarschall Chalifa Haftar befehligt. Seine Armee führt einen erbitterten und zähen Kampf gegen die bewaffneten islamistischen Milizen.

Chalifa Haftar hatte in den letzten Jahren wiederholt Moskau besucht, um im russischen Außen- und Verteidigungsministerium Gespräche zu führen. Nach seinen Angaben wurden während seiner Besuche keine Waffenlieferungen erörtert, da sich Russland an das UN-Waffenembargo gegen Libyen halte.

Armiyadnr.su: Dringende Mitteilung der Volksmiliz der DVR

Ein weiteres Mal haben die ukrainischen Kämpfer ihr brutales Wesen gezeigt. Trotz des gerade eben beendeten Treffens der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk, wo Fälle vorgestellt wurden, dass die ukrainischen Streitkräfte Kampfdrohnen gegen Wohngebiete von Ortschaften der Republik eingesetzt haben, haben die ukrainischen Kämpfer heute ein weiteres Mal auf alle Vereinbarungen gespuckt und einen Schlag unter Verwendung einer Kampfdrohne auf Mineralnoje verübt. Nach vorläufigen Informationen wurde ein friedlicher Einwohner verletzt, Informationen über Zerstörungen werden noch ermittelt.

Die Drohne des Gegners wurde von Beobachtungsposten der Volksmiliz der DVR vernichtet. Wir verfügen über Videoaufzeichnungen vom Datenträger der genannten Drohne, die dessen zielgerichtete Verwendung gegen die friedliche Bevölkerung des Donbass demonstrieren.

Vormittags:

ukrinform.ua: OSZE-Vorsitzender verurteilt geplante Wahlen im besetzten Donbass
Der amtierende OSZE-Vorsitzende und Außenminister Italiens, Enzo Moavero Milanese, hat seine Besorgnis angesichts der geplanten Wahlen in den besetzten Gebieten der Ostukraine geäußert.

Die Durchführung von Wahlen am 11. November entspricht nicht dem Geist und Buchstaben der Vereinbarungen von Minsk, heißt es in einer Erklärung des italienischen OSZE-Vorsitzes auf der Webseite der Organisation.

Milanese betonte die weitere Unterstützung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa für die Vereinbarungen von Minsk für eine „friedliche Lösung der Krise“ gemäß den Grundlagen und Verpflichtungen der OSZE mit dem vollen Respekt für die Souveränität und territoriale Unabhängigkeit der Ukraine“. Er rief alle entsprechende Parteien für die Bemühungen im Rahmen des „Normandie“-Formats und der trilateralen Kontaktgruppe auf, um diese Entwicklung zu verhindern.

Die russische Besatzungsmacht hatte zuvor die Wahlen in den so genannten „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ für den 11. November angesetzt. Am Dienstag erklärte Russland, dass es die Wahlergebnisse anerkennen wird. Die Durchführung der Wahlen verurteilten schon die EU, die USA, die Länder der G-7-Gruppe.

ukrinform.ua: Wahlen im besetzten Donbass: Poroschenko fordert in Helsinki mehr Druck auf Russland

Der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko hat die EU aufgerufen, die Sanktionen gegen Russland wegen der geplanten Wahlen in den besetzten Gebieten der Ostukraine zu verschärfen.

Das sagte er bei einem Treffen der Europäische Volkspartei in der finnischen Hauptstadt Helsinki, schrieb der Staatschef auf Facebook. Er forderte die EU auf, die vom Kreml organisierte „Fake-Wahlen“ im Donbass zu verurteilen, und betonte die Wichtigkeit der Aufrechterhaltung und Verschärfung der Sanktionen gegen Russland. Außerdem müsse der internationale Druck auf Russland verstärkt werden, um die Freilassung ukrainischer Polithäftlinge zu erwirken.

Der ukrainische Staatschef informierte auch die Teilnehmer des Treffens über die Lage im Donbass, die fortdauernde Militarisierung und Menschenrechtsverletzungen auf der besetzten Krim sowie über die Spannungen Asowschen Meer und in der Straße von Kertsch.

Poroschenko sagte weiter, das kommende Jahre werde sowohl für die Ukraine auch für die EU entscheidend sein, eine der Prioritäten müsse eine gemeinsame Antwort auf die Einmischung Russlands in die Wahlen sein.

de.sputniknews.com: Rada-Abgeordneter zu Geschehen in Ukraine: Europa steht unter Schock

Europäische Senatoren sind laut dem Abgeordneten der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament), Wadim Rabinowitsch, darüber schockiert, was in der Ukraine geschieht.

„Sie sind einfach darüber schockiert, was geschieht“, sagte der Politiker in Bezug auf die Reaktion Europas auf die aktuelle Situation um die Meinungsfreiheit in der Ukraine. Unter anderem seien die Senatoren über Prügelattacken auf Journalisten empört gewesen.

„Sie sind unter Schock“, wiederholte er mehrmals.

„Sie sagen, dass wir (die französischen Senatoren – Anm. d. Red.) sowohl die französische Regierung als auch die europäischen Strukturen informieren werden und – das ist das Wichtigste – die Situation kontrollieren werden: Falls dies so weitergeht, wird es ein ernsthaftes Gespräch über Sanktionen, persönliche Sanktionen gegen jene geben, die die

Meinungsfreiheit abwürgen“, sagte der Rada-Abgeordnete gegenüber dem TV-Sender NewsOne.

„Was befürchten sie (ukrainische Politiker – Anm. d. Red.)? Sie haben Angst davor, dass sie nicht mehr einreisen dürfen und ihnen keiner mehr die Hand reicht. Wir werden dafür sorgen. Deswegen werden wir nicht die Meinungsfreiheit abwürgen und Europa erzählen, dass wir Demokraten sind“, sagte er in Bezug auf die politischen Ansichten seiner Partei „Sa Zhitja“ (dt.: „Für das Leben“).

In der Ukraine werden immer öfter Journalisten bedrängt. Unter den letzten Fällen ist die Verfolgung von Igor Guschwa. Der Chefredakteur des Portals Strana.ua musste im Februar 2018 die Ukraine verlassen und um politisches Asyl in Österreich bitten. Guschwa hatte die Post-Maidan-Regierung kritisiert.

Der ukrainische Geheimdienst SBU hatte am 15. Mai den Chef von RIA Novosti Ukraine, Kirill Wyschinski, vor seiner Wohnung in Kiew festgenommen und noch in der Nacht nach Cherson gebracht. Dem Journalisten werden Landesverrat und Unterstützung für die selbsterklärten Republiken der Donbass-Region zur Last gelegt. Bei einer Verurteilung drohen Wyschinski bis zu 15 Jahre Haft.

Im August 2017 war der Journalist Wassili Murawizki vom SBU festgenommen worden – in seinem Geburtshaus vor den Augen seiner Ehefrau, die während der Festnahme das Baby stillte. Der Journalist wurde des Staatsverrats und des Angriffs gegen die territoriale Integrität und Unantastbarkeit der Ukraine angeklagt.

Anfang Oktober hatte die Werchowna Rada eine Beschlussvorlage verabschiedet, in der sie dem Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine vorschlug, wegen „Propaganda eines Aggressor-Staates“ Sanktionen gegen die TV-Sender 112 Ukraine und NewsOne zu verhängen.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von Rajewka und von Marjewka (Solotoje-5). Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren.

de.sputniknews.com: Russischer EU-Botschafter mahnt Europa vor Wiederholung von „Albträumen“

Europa muss laut dem russischen EU-Botschafter Wladimir Tschischow eine entschiedene Haltung zur Beibehaltung des INF-Vertrages einnehmen. Sonst wird es mit „Albträumen konfrontiert werden“, von denen es noch vor wenigen Jahrzehnten verfolgt wurde.

Die US-Pläne, aus dem INF-Vertrag auszusteigen, „verengen den Gültigkeitsbereich jenes, was innerhalb von mehreren Jahrzehnten als eine der wichtigsten Stütze für die Aufrechterhaltung von Frieden in der ganzen Welt, gerade der Kontrolle über Waffen, gedient hat“, sagte Tschischow auf einer Konferenz am 2. November in Nikosia auf der Mittelmeerinsel Zypern.

„Europa, das mit der Vernichtung einer ganzen Klasse von Raketen mittlerer und geringer Reichweite am meisten gewonnen hat, wird unbedingt wieder mit jenen Albträumen konfrontiert werden, von denen es vor etwa 30 Jahren verfolgt wurde“, wird Tschischow in einer Mitteilung der ständigen Vertretung Russlands bei der EU zitiert.

Nur eine entschiedene Haltung Europas in dieser Frage könne ein solches Szenario verhindern.

Am 20. Oktober hatte US-Präsident Donald Trump den Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dem Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) angekündigt. Der INF-Vertrag war 1987 von der Sowjetunion und den USA unterzeichnet worden und 1988

in Kraft getreten. Demnach hatten sich die Parteien verpflichtet, alle Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite (von 500 bis 5500 Kilometern) zu vernichten.

In den letzten Jahren hatten Moskau und Washington einander mehrmals vorgeworfen, gegen den INF-Vertrag zu verstoßen. Moskau verwies unter anderem darauf, dass die USA in Rumänien und in Polen Anlagen stationieren, mit denen Marschflugkörper des Typs Tomahawk gestartet werden können. Zudem machte Russland darauf aufmerksam, dass die USA Kampfdrohnen entwickeln und Forschungsarbeiten zur Entwicklung von bodengestützten Marschflugkörpern finanzieren.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung für den Zeitraum von 7. November 3:00 bis 8. November 3:00

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 15.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Gorlowka (Sajzewo), Jasinowataja, Wasiljewka, Kaschtanowoje, Krutaja Balka, Spartak, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks, Alexandrowka), Sachanka. Nach genaueren Informationen brannte im Ergebnis eines Beschusses von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine auf die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks in der Mark-Osernyj-Straße 50 in Donezk ab. Trotz des anhaltenden Beschusses in diesem Gebiet gelang es dankt der organisierten Handlungen der Feuerwehrleute des Zivilschutzministeriums der DVR den Brand eines Wohnhauses zu verhindern.

Außerdem wurde in der Folge des eines abendlichen Beschusses von Sajzewo ein Tor und ein Wirtschaftsgebäude in der Smolenskaja-Straße 11 beschädigt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 110.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgeschossenen Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht. In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 53.

Ab 00:01 am 29. August 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feueereinstellung im Zusammenhang mit Beginn des Schuljahrs – der „Schul“waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Wegen „Russland-Affäre“: US-Justizminister Sessions tritt zurück

Nur einen Tag nach den Kongresswahlen in den USA muss US-Justizminister Jeff Sessions seinen Posten in der Regierung von Präsident Donald Trump räumen.

US-Justizminister Jeff Sessions ist auf Wunsch des Präsidenten Donald Trump zurückgetreten. Ihn soll nun der Stabschef Sessions' vorübergehend ablösen.

Der Abschied von Sessions war seit einer Weile erwartet worden, Trump hatte ihn regelmäßig wegen der Russland-Affäre und anderer Zerwürfnisse attackiert. Sessions hatte sich während des Wahlkampfs mit dem damaligen russischen Botschafter in den USA, Sergej Kisljak, getroffen. In einer Anhörung vor dem Senat stritt er dies jedoch ab, obwohl er unter Eid stand. Deswegen hielt er sich aus den Russland-Ermittlungen heraus – was Trump sehr missfallen hat. Der Präsident hatte den Justizminister sogar auf Twitter dazu gedrängt, die Untersuchung zu beenden.

Laut dem Sender CBS News hat Trump Sessions gegen Whittaker ausgetauscht, weil Letzterer die „Russlandermittlungen“ ebenso wie der US-Präsident kritisiert und als Jagd nach politischem Belastungsmaterial bezeichnet hatte.

Dan-news.info: „Gestern, am 7. November, wurden in Gorlowka die Dacharbeiten an den Mehrparteienwohnhäusern, die durch einen Orkan im letzten Sommer beschädigt wurden, abgeschlossen“, teilte das Ministerium für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR mit. Eine Baubrigade hat die Dacharbeiten am letzten der 48 durch den Orkan beschädigten Mehrparteienwohnhäusern abgeschlossen. Die tragenden Konstruktionen und die beschädigte Schieferabdeckung wurden ersetzt.

Am Wiederaufbau haben sechs Organisationen, etwa 30 Personen von Auftragsunternehmen und eine Brigade aus neun Personen, die vom Arbeitsamt ausgewählt wurden, teilgenommen.

de.sputniknews.com: Rückverlegung marsch! Die Nato hat Russland in Norwegen geschlagen Das Manöver „Trident Juncture“ ist zu Ende. Kritik aus eigenen Reihen an diesem Großmanöver der Nato wird allerhöchstens am Rande laut. Offensichtlich ging es bei der Übung auch darum, die Beziehungskrise innerhalb des Bündnisses zu überwinden, die der derzeitige US-Präsident in seinem ersten Amtsjahr ausgelöst hatte.

In so hohen Tönen wurden Nato-Länder schon lange nicht mehr gelobt. Jeder Beitrag zu „Trident Juncture“ zählt, preist die Bündnisführung – und seien es nur ein paar Versorgungssoldaten, die ein Nato-Mitglied zum Großmanöver nach Norwegen entsandt hatte. Die Stärkung des Kameradschaftsgefühls innerhalb der Bündnistruppen stand ganz oben auf dem Übungsplan.

Auf der Nato-Website heißt es, „Trident Juncture“ sei die größte Übung der Allianz seit dem Ende des Kalten Krieges gewesen. 50.000 Soldaten aus 29 Nato-Ländern plus Schweden und Finnland haben unter dem Kommando von Admiral James Foggo ihre Fähigkeit getestet, gemeinsam vorzugehen, um „die Bevölkerung und das Landesgebiet vor einem potentiellen Gegner“ zu verteidigen.

250 Flugzeuge, 65 Schiffe und 10.000 Fahrzeuge waren Bestandteil der Großübung. Trainiert wurde hauptsächlich in Mittel- und Ostnorwegen, beiläufige Manöver fanden aber auch auf Island, im Nordatlantik, in der Ostsee und im Luftraum über Schweden und Finnland statt. Deutschland stellte bei „Trident Juncture“ die zweitgrößte Truppe nach den USA: bis zu 10.000 Mann und rund 4.000 Fahrzeuge. Die Bundeswehr hat sich angesichts der häufigen Kritik an deren Ausstattung erstaunlich gut geschlagen. Gekonnt legten deutsche Soldaten Minenfelder und bauten Panzersperren auf.

Gemäß dem Übungsplan wurden die Nato-Truppen in zwei Lager aufgeteilt: die Gruppe Nord und die Gruppe Süd. Die Nord-Gruppe, von den US-Truppen simuliert, hatte angegriffen – die Süd-Gruppe, vom spanischen Kontingent gespielt, verteidigte sich und ging zum Gegenangriff über.

Angesichts dieser Aufteilung wussten alle 50.000 Teilnehmer von „Trident Juncture“ sehr genau, gegen wen sich dieses Manöver richtet – auch wenn die Nato-Führung kein konkretes Land als „potentiellen Gegner“ genannt hatte.

Norwegen habe auf dem simulierten Schlachtfeld viele Hindernisse geschaffen, um die Nato-Soldaten unter lebensnahen Kampfbedingungen auf ihre Einsatztauglichkeit in der Arktis zu prüfen, schreiben norwegische Zeitungen.

Und gleich beim Auftakt zum Manöver stellte sich heraus: Beim harten Einsatz im hohen Norden können sich die Soldaten auf ihre Stiefel nicht verlassen. Die Kämpfer beschwerten sich über frierende Füße, obwohl der Frost in Norwegen um diese Jahreszeit noch nicht so bitter ist.

Kriegsreporterin Teri Schultz, eigens zum Manöver eingeladen, sagte, die heutige

technologische Ausstattung der Bündnisarmeen ersetze warme Stiefel nicht, die die Soldaten bei Missionen in der Arktis doch nach wie vor benötigen.

Auch Ulrike Franke, Sicherheitsexpertin beim Europäischen Rat für Internationale Beziehungen, bemängelte die Truppenausstattung bei „Trident Juncture“: Die meisten Länder der Allianz seien „für den nächsten Krieg“ nicht gut genug gerüstet. Würde die Nato einen Krieg in der Arktis führen, müsse sie auch taktische Kernwaffen einsetzen dürfen.

Für diesen Vorschlag ist Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg offenbar zu haben: Das arktische Nato-Arsenal müsse „alle Möglichkeiten“ umfassen, „von konventionellen bis zu Kernwaffen“, sagte er in Bezug auf das diesjährige „Trident Juncture“.

Indirekt lässt sich diesen Aufforderungen entnehmen, dass die Nato-Führung und ihre Analysten an der Fähigkeit der West-Allianz zweifeln, die russische Armee jenseits des Polarkreises schlagen zu können. Ohne Kernwaffen kommt das Bündnis da nicht aus – so kann man die Ausführungen Stoltenbergs auch auffassen.

Die unmittelbaren Teilnehmer von „Trident Juncture“ sind aber offenbar deutlich optimistischer als ihre Anführer. Er sei überglücklich, die US-Marines in seiner Heimat zu sehen, sagte ein norwegische Oberst. Der Einsatz der US-Eliteeinheit in Norwegen sei eine „Sicherheitsgarantie“, davon habe er sich bei dem Manöver überzeugen können.

Auch die Amerikaner geizen nicht mit Komplimenten für ihre norwegischen Freunde. Die Norweger dienten bei „Trident Juncture“ als Scouts für die US-Truppen, führten sie auf geheimen Pfaden durch die Gegend.

Außerdem wurden die ortskundigen norwegischen Soldaten als Bindeglieder zwischen den 50 Truppenlagern der Nato eingesetzt. Offensichtlich trainierte die Allianz in Norwegen, Krieg auch ohne Funk und GPS zu führen.

„Die Soldaten der norwegischen Armee kennen ihre Gegend wie den eigenen Hinterhof“, heißt es auf der Nato-Website. Dadurch erlange die Allianz einen „unübertroffenen Vorteil“ im Gelände.

Was das konkret heißt? Ein Hinterhalt, ein Angriff aus dem rückwärtigen Gebiet, eine plötzliche Einkesselung mitten in der Nacht – diese Taktiken können im Gefecht viel effektiver genutzt werden, wenn die Soldaten sich vor Ort gut auskennen. So kann dem Gegner mit kleineren Kräften ein schwerer Schlag versetzt werden.

Aber jetzt, nach „Trident Juncture“, können die Norweger sowieso ruhiger schlafen. Russland hat das Manöver ja beobachtet und seine Schlüsse daraus gezogen: Es wird sich jetzt ganz bestimmt nicht mehr in die Arktis wagen, zumal es dort auf die (jetzt frostgestählten) spanischen Nato-Truppen stoßen könnte. Hoffentlich haben die dann ihre warmen Stiefel dabei.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32289/21/322892177.jpg>

ukrinform.ua: Ukraine und Deutschland unterzeichnen Sozialversicherungsabkommen
Der Minister für Sozialpolitik der Ukraine, Andrij Rewa, und der deutsche Botschafter in der Ukraine, Ernst Reichel, haben am Mittwoch ein bilaterales Abkommen über soziale Sicherheit unterzeichnet.

Wie die Botschaft mitteilte, koordiniert das Sozialversicherungsabkommen „den sozialen Schutz, insbesondere im Bereich der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung“. Es enthält laut der Botschaft Regelungen zur Vermeidung der Doppelversicherung in beiden Staaten. So gelten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie deren Arbeitgeber grundsätzlich die Rechtsvorschriften desjenigen Staates, in dem Beschäftigung tatsächlich ausgeübt wird. Für vorübergehend im anderen Staat eingesetzte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird sichergestellt, dass sie im sozialen Sicherungssystem ihres bisherigen Beschäftigungsstaates integriert bleiben können. Aufgrund der umfangreichen und intensiven außenwirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zur Ukraine liegt dies im Interesse beider Staaten, weil es die beiderseitige Investitionsbereitschaft erleichtern und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen kann.

Darüber hinaus sieht das Abkommen die uneingeschränkte Zahlung von Renten in den anderen Staat vor (Leistungsexportprinzip). Die Voraussetzungen für einen Rentenanspruch können durch Zusammenrechnung der in beiden Staaten zurückgelegten Versicherungszeiten erfüllt werden (Erfüllung der Wartezeit). Auch im Bereich der Unfallrenten ist das Abkommen die Grundlage dafür, dass Zahlungen in uneingeschränkter Höhe in den jeweils anderen Staat geleistet werden können.

Das Abkommen ist damit nach Prinzipien gestaltet, die auch innerhalb der Europäischen Union gelten.

Für ein endgültiges Inkrafttreten müssen die Parlamente beider Länder dem Abkommen zustimmen.



https://static.ukrinform.com/photos/2018_11/thumb_files/630_360_1541630303-104.jpg

nachmittags:

de.sputniknews.com: Nach S-300-Lieferung: Sind erfolgreiche Attacken Israels gegen Syrien möglich?

Der Chef der politischen Verwaltung der syrischen Armee, Brigadegeneral Hasan Ahmad Hasan, hat gegenüber Sputnik die Wahrscheinlichkeit von erfolgreichen Attacken Israels gegen Syrien nach der Lieferung der russischen Raketensysteme S-300 eingeschätzt.

Auf die Frage, ob man nun die Wahrscheinlichkeit von erfolgreichen Attacken Israels gegen Syrien völlig ausschließen könne, sagte der Brigadegeneral, dass es in der Militärstrategie keinen Begriff „Nullwahrscheinlichkeit“ gebe.

„Wir können nicht sagen, dass diese Wahrscheinlichkeit auf ein Nichts reduziert wurde, weil wir über den offenen Himmel, ausgedehnte Grenzen und unterschiedliche Technologien sprechen“, erläuterte er.

Die Möglichkeit der Zielerreichung dieser Aggression sei aber „auf ein Minimum gebracht“ worden.

Zuvor hatte der israelische Minister für Umweltschutz und Angelegenheiten von Jerusalem, Ze'ev Elkin, gegenüber russischen Journalisten erklärt, dass Israel bereit sei, die syrischen Flugabwehrraketensysteme S-300 zu attackieren, falls sie israelische Ziele angreifen würden.

Die Lieferung von S-300-Raketensystemen ist eine Antwortmaßnahme Russlands auf den Absturz der russischen Il-20 in Syrien. Die Verantwortung dafür hatte Moskau Israel auferlegt, das in Syrien Luftschläge geführt und damit den Abschuss der Il-20 durch die syrische Luftabwehr provoziert hatte. Anfang Oktober teilte der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu mit, dass vier Raketenkomplexe S-300 nach Syrien geliefert worden seien, und dass die syrischen Militärs im Laufe von drei Monaten geschult würden, diese zu bedienen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32244/56/322445628.jpg>

mil-lnr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine **Tendenz zur Verschärfung**.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **zweimal** das Regime der Feuereinstellung verletzt. Auf Befehl der Kriegsverbrecher Subanitsch und Wojtschenko wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Rajewka und Marjewka** beschossen.

Bei den Beschüssen wurden von den Minsker Vereinbarungen verbotene 82mm-Mörser, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden 14 verschiedene Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Und schon heute, um 11:05 haben die ukrainischen Streitkräfte wieder grob die Vereinbarungen über eine Regime der Feuereinstellung verletzt. In der Folge eines Beschusses mit Schützenpanzern aus Richtung Solotoje-4 auf Marjewka wurde **ein Einwohner der Ortschaft, geb. 1955, tödlich verletzt**.

Das Kommando der OOS setzt weiter auf unmenschliche Methoden der Kriegsführung. Im Gebiet von Trjochisbjonka haben Übungen mit außerplanmäßigen technischen Kräften der Einheiten der 10. Gebirgssturmbrigade zur Installation von Minensperren begonnen. Ich merke an, dass zum Abschluss dieser Art von Übungen die Zahl der friedlichen Einwohner und der ukrainischen Soldaten, die durch Minen auf von Kiew kontrolliertem Territorium verletzt werden, sich um ein Mehrfaches erhöht.

Im Zusammenhang mit der Zunahme der Zahl nicht kampfbedingter Verluste in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe der Kontaktlinie hat das Kommando der OOS entschieden, Übungen mit medizinischen Spezialisten der Einheiten der 72. mechanisierten Brigade durchzuführen.

Außerdem wurde nach unseren Informationen in den medizinischen Einrichtungen der ukrainischen Streitkräfte die Zahl der Betten zur Behandlungen von Soldaten erhöht. ...



<http://rusvesna.su/sites/de>

[fault/files/pogibshiy_azarenkov_v.v._1955_g.r.png](http://rusvesna.su/sites/de/fault/files/pogibshiy_azarenkov_v.v._1955_g.r.png)

de.sputniknews.com: Gegenwind für Merkel: Ministerpräsidenten für Ende der Russland-Sanktionen

Armin Siebert

Drei ostdeutsche Ministerpräsidenten haben sich am Mittwoch in Potsdam dafür ausgesprochen, die Russland-Sanktionen aufzuheben. Auf einer deutsch-russischen Rohstoff-Konferenz haben sie damit eine deutliche Gegenposition zu Bundeskanzlerin Angela Merkel bezogen. Die hat kürzlich in Kiew dafür plädiert, die Sanktionen gegen Russland fortzusetzen. Eigentlich war es nicht überraschend, dass Michael Kretschmer (CDU), Reiner Haseloff (CDU) und Bodo Ramelow (Die Linke) am Mittwoch bekräftigten, dass sie die Sanktionen gegen Russland ablehnen. Sie sind die Ministerpräsidenten von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Bereits im Februar hatten sich alle ostdeutschen Ministerpräsidenten bei einem Treffen dafür ausgesprochen, die Sanktionen aufzuheben.

Bei einer Paneldiskussion zu dem Thema: „Deutsch-Russische Partnerschaft: Quo Vadis?“ am Mittwoch auf der 11. Deutsch-Russischen Rohstoff-Konferenz in Potsdam wurden die Ministerpräsidenten noch einmal deutlich. Thüringens Ministerpräsident Ramelow forderte: „Wenn sich ein Weg als Irrweg herausstellt, sollte man ihn korrigieren.“ Sein sächsischer Amtskollege Kretschmer klagte: „Wir sind besonders von den Sanktionen betroffen. Wir sehnen uns hier nach einer Veränderung.“

„Dann könnten wir unsere Volkswirtschaft zumachen“

In der Tat sind es vor allem die ostdeutschen Bundesländer, die von den von der Europäischen Union (EU) verhängten und von Deutschland maßgeblich unterstützten Sanktionen gegen Russland betroffen sind. Dies führte in den vergangenen Jahren zu milliardenschweren Verlusten und sogar zu Firmenpleiten. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Hasselhoff zeichnete ein dramatisches Bild, was passieren würde, wenn Energierohstoffe aus Russland sanktioniert werden würde:

„In Sachsen-Anhalt wird 80 Prozent des Energiebedarfs aus Russland gedeckt. Wenn diese wirtschaftlichen Beziehungen abbrechen würden, dann könnten wir unsere Volkswirtschaft zumachen.“

Es ist unwahrscheinlich, dass die Bundesregierung zu solch drastischen Mitteln greift. Gas und Öl flossen selbst zu Hochzeiten des Kalten Krieges stabil nach Westdeutschland.

Nichtsdestotrotz hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) erst letzte Woche bei einem

Besuch in Kiew dafür ausgesprochen, die umfangreichen Wirtschaftssanktionen zu verlängern. Darüber wird im Dezember erneut in der EU abgestimmt.

„Schuss ins eigene Knie Europas“

Das Panel in Potsdam war auch von russischer Seite hochkarätig besetzt. So nahm unter anderem der stellvertretende Industrie- und Handelsminister Russlands, Wasilij Osmakow, teil. Er erzählte, dass er schon ein Dutzend Mal in Deutschland war und immer und überall auf Unverständnis für die Sanktionen stößt. Osmakow bezeichnete die Sanktionen als „Schuss ins eigene Knie Europas“.

Einen Ausweg sieht der Minister unter anderem in deutsch-russischen Gemeinschaftsprojekten. Volkswagen importiere zum Beispiel Autos, die in Russland produziert werden, nach Europa. Siemens habe ebenfalls eigene Produktionsstätten in Russland, betonte der Minister. Zusammenarbeit gebe es auch bei der Energiegewinnung. So würden gemeinsame Produkte entstehen, die auf dem Weltmarkt mithalten können, gab sich Osmakow optimistisch.

„Wir können nicht ohne euch und ihr nicht ohne uns“

Moderator des Panels in Potsdam war der ehemalige Umweltminister Klaus Töpfer (CDU). Er merkte an, dass es ja auch Sanktionen gegen einzelne Personen gäbe. Das würde verhindern, dass Vertreter beider Seiten sich treffen und in Dialog treten können. Michael Schwydkoi, Beauftragter des russischen Präsidenten für Kultur, drohte, dass die Absage an wichtige Vertreter Russlands dazu führen kann, dass die ganze russische Delegation aus Protest nicht zu Gesprächen anreist. Damit spielte er auf den aktuellen Fall an, dass drei russische Top-Manager auf Druck der USA nicht zum Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar eingeladen werden sollen. Auch nimmt Russland seit fast zwei Jahren nicht mehr an den Sitzungen des Europarates teil, stellte Schwydkoi mit Bedauern fest.

Er verwies darauf, dass im Falle Russlands immer mit zweierlei Maß gemessen werde. Russland hätte sich im Westen und in den Medien genau seit dem Zeitpunkt zum „bad boy“ entwickelt, als es begann, seine eigenen Interessen zu formulieren. Wenn sein Land Regeln breche, gebe es Vorwürfe und Sanktionen – wenn die USA dies täten, passiere nichts. Schwydkoi führte als Beispiel den Mord an dem saudi-arabischen Journalisten Jamal Khashoggi im Istanbuler Konsulat des Königreichs Anfang Oktober an. Er möchte sich „nicht ausmalen, was mit Russland passiert wäre bei so einem Vorfall in einem russischen Konsulat im Ausland.“

Für die Bundesrepublik fand der Präsidentenberater nur warme Worte: „Deutschland ist der wichtigste Partner Russlands in Europa. Wir sind beide große Völker, darum müssen wir miteinander reden. Wir können nicht ohne euch und ihr nicht ohne uns.“

„In Sachsen große Sympathie für Russland“

Schwydkoi betonte, dass die Gemeinsamkeiten der beiden Völker aber nicht nur auf Gas beruhen, sondern vor allem auf den gemeinsamen kulturellen Werten. Auch die deutschen Ministerpräsidenten verwiesen auf das besondere Verhältnis gerade der Ostdeutschen zu Russland. „Wir haben über Jahrzehnte auch einen persönlichen Bezug zu den Russen als Menschen entwickelt“, so Haseloff. Der sachsen-anhaltinische Ministerpräsident sieht Ostdeutschland sogar eher zu Osteuropa gehörend: „Die Grenze zwischen West- und Osteuropa liegt etwa auf Höhe des Brockens“ – also an der ehemaligen innerdeutschen Grenze.

Amtskollege Kretschmer bestätigte: „In Sachsen gibt es eine große Sympathie für Russland.“ Dies zeige sich auch im Sprachverständnis. Der Sohn der Frau des Ministerpräsidenten habe Abitur in Russisch gemacht, ihn schon nach Moskau begleitet und für ihn gedolmetscht, erzählte Kretschmer.

Auch in Sachsen-Anhalt gibt es „fast an jeder Schule noch die Möglichkeit, Russisch zu lernen“, fügte Haselhoff hinzu. Er verstehe selbst noch gut Russisch, berichtete er. Stolz sei er darauf, dass Russlands große Zarin Katharina II. ursprünglich aus Sachsen-Anhalt stammte.

Wie steht Laschet zu antirussischen Sanktionen?

Von deutscher Seite gehörte Ronald Pofalla, der deutsche Vorsitzende des Petersburger Dialogs, zu den Teilnehmenden. Der Russland gegenüber eher kritisch eingestellte CDU-Politiker blieb diesmal erstaunlich blass und goss nicht wie üblich Öl ins Feuer.

Wahrscheinlich spürte er die überwältigende Unterstützung für die deutsch-russischen Beziehungen auf dem Podium. Pofalla sprach sich dafür aus, eher die Gemeinsamkeiten zwischen den Ländern und Völkern zu betonen.

Ursprünglich sollte Armin Laschet (CDU), der Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens, an dem Panel teilnehmen, war aber terminlich verhindert. Es wäre spannend gewesen zu hören, ob er als einer der Top-Kandidaten für die Nachfolge von Merkel als Bundeskanzler schon zu diesem Zeitpunkt beim Thema Sanktionen in Opposition zu ihr gegangen wäre.

[ukrinform.ua: EU-Makrofinanzhilfe: Ratifizierung des Abkommens auf Rada-Tagesordnung](#)
Die Wechowna Rada wird am Donnerstag das Memorandum über gegenseitiges Verständnis zwischen der Ukraine als dem Kreditnehmer und der EU als dem Kreditgeber und über das Kreditabkommen über die Makrofinanzhilfe an die Ukraine in Höhe von 1 Mrd. Euro behandeln.

Dies geht aus der Tagesordnung der Werchowna Rada hervor, die auf der Webseite des Parlaments veröffentlicht wurde.

Wie berichtet, haben die Ukraine und die EU am 14. September das Memorandum über gegenseitiges Verständnis und das Kreditabkommen der EU mit der Nationalbank über die EU-Makrofinanzhilfe in Höhe von €1 Mrd. Unterzeichnet.

Das Memorandum über das gegenseitige Verständnis legt Maßnahmen zur Umsetzung der strukturellen Reformen bei Verwaltung der staatlichen Finanzen fest. Es handelt sich auch um sachgemäße Verwaltung und den Kampf gegen die Korruption, sektorale Reformen, die Sozialpolitik und das Management in staatlichen Unternehmen.

Das Programm der Makrofinanzhilfe der Europäischen Union an die Ukraine in Höhe von 1 Mrd. Euro sieht 18 Bedingungen vor, darunter sechs sollen für die erste Tranche und weitere 12 für die zweite erfüllt werden.

[Dnr-online.ru: Durch einen Erlass des kommissarischen Oberhauptes der DVR wird zum Zweck der Verewigung des Andenkens an Alexandr Sachartschenko die republikanische allgemeinbildende Einrichtung „Schule Nr. 4 – Kadettenkorps“ in Republikanische allgemeinbildende Einrichtung „Schule Nr. 4 – Kadettenkorps A. W. Sachartschenko“ umbenannt.](#)

[de.sputniknews.com: Strike back against the Empire: Russland, Indien und China verzichten auf US-Dollar](#)

Russlands Vizepremier Juri Borissow hat berichtet, dass Indien die Luftabwehrsysteme des Typs S-400 Triumph in Rubel bezahlen wird. Auch China ist dabei: Laut dem Chef der Vneshekonombank, Igor Schuwalow, kann das Abkommen über den Zahlungsverkehr in Nationalwährungen bereits bis Jahresende unterzeichnet werden...

[armiyadnr.su: Bericht des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 08.11.2018](#)

In den letzten 24 Stunden wurden **15 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der Gegners festgestellt, der die Gebiete von neun Ortschaften der Republik beschoss. **In Richtung Gorlowka** haben die Kriegsverbrecher der 82. mechanisierten Brigade unter Kommando von Tatus mit Granatwerfern und Schussaffen das Gebiet von **Sajzewo** beschossen.

In Richtung Donezk wurden von den Positionen der 92. und 28. mechanisierten Brigade unter Kommando der Henker Kokorjew und Martschenko sowie der 56.

Panzergrenadierbrigade unter Kommando von Iwanow aus **Wasiljewka, Krutaja Balka, Jasinowataja, Kaschtanowoje, Spartak, Alexandrowka und die Siedlung Trudowskije im Petrowskij-Bezirk von Donezk** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In der Folge eines Beschusses von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus auf den Rand von Donezk entstand ein **Brand an einem Wohnhaus in der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** in der Mark-Osernyj-Straße 50. Durch glücklichen Zufall konnten Opfer vermieden werden.

In Richtung Mariupol haben die Strafruppen der 79. Luftsturmgrade auf Befehl von Kuratsch das Gebiet von **Sachanka** mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Auf das Territorium der Republik wurden mehr als 100 Schüsse mit Granatwerfern abgegeben. Informationen über Opfer werden noch ermittelt.

Die ukrainischen Strafruppen verletzen weiter die Minsker Vereinbarungen bezüglich der Verwendung von Drohnen. Am 7. November haben Kämpfer der 92. Brigade ein weiteres Mal einen **Schlag auf Mineralnoje mit einer selbstgebauten Kampfdrohne** durchgeführt. Dank der koordinierten Handlungen der Luftabwehr der Volksmiliz der DVR wurde die Drohne des Gegners abgeschossen. Auf dem Video von dem Datenträger der abgeschossenen Drohne ist deutlich sichtbar, wie die Drohne sich in Richtung des Wohngebiets der Ortschaft bewegt, ein Ziel auswählt und eine Sprengvorrichtung abwirft. Wir stellen Ihnen die abgeschossene Drohne des Gegners vom Typ „Phantom-4“ mit der Ausrüstung zum Tragen und zum Abwurf von Sprengvorrichtungen vor.

Diese Drohnen werden den ukrainischen Streitkräften von Freiwilligenorganisationen geliefert, die möglicherweise nicht wissen, dass die ihnen übergebenen Drohnen gegen friedliche Einwohner des Donbass eingesetzt werden.

Das Genozid an der friedlichen Bevölkerung des Donbass von Seiten der Ukraine nimmt immer raffiniertere Formen an, im Zusammenhang damit wenden wir uns mit einem Aufruf an die Vertreter der OSZE-Mission sowie der Rechtsschutzorganisationen, auf die militärisch-politische Führung der Ukraine Druck in Bezug auf die Erfüllung ihrer Verpflichtungen auszuüben und den Mord an der Bevölkerung des Donbass zu beenden.

Unsere Aufklärung stellt weiter verbotene Waffen ukrainischer Kämpfer in der Nähe der Kontaktlinie fest.

Im Gebiet von Dylejewka (8 km von der Kontaktlinie) im Verantwortungsbereich der 58. Brigade der ukrainischen Streitkräfte wurde das Vorhandensein von provisorischen Feuerpositionen von drei 122mm-Artilleriegeschützen 2S1 „Gwosdika“ festgestellt. Die Stationierung der genannten Waffen in diesem Gebiet ist eine grobe Verletzung der Minsker Vereinbarungen.

Wir rufen die OSZE-Mission auf, die genannten Verstöße durch die ukrainische Seite festzuhalten, was es erlauben wird, die Verwendung dieser Waffen gegen die Bevölkerung des Donbass zu unterbinden.

Wir bemerken weiter ein Absinken des Niveaus der Kampffähigkeit der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in der „OOS“-Zone. So hat der Kommandeur der „OOS“ Najew im Zusammenhang mit der Zunahme der Defekte an Militärtechnik in den Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte befohlen, aus dem Bestand der 56. Brigade einen Sanitärtransporter in die 79. Luftsturmgrade zu geben. Aber der Kommandeur der 56. Brigade hat, um die Kampffähigkeit in seiner Brigade nicht zu untergraben, beschlossen, mit der 79. Brigade einen anderen defekten Panzertransporter zu teilen.

Dieser Fall zeugt nicht nur vom niedrigen Niveau der Kampffähigkeit der ukrainischen Einheiten, sondern auch vom Fehlen gegenseitiger Unterstützung und Hilfe zwischen den

Truppenteilen und Einheiten der ukrainischen Streitkräfte nach NATO-Standards.

de.sputniknews.com: Operation der Türkei gegen syrische Kurden? – Damaskus wartet auf Moskaus Reaktion

Damaskus wartet auf die Antwort Russlands auf die Erklärung der türkischen Seite, eventuell eine Operation gegen die syrischen Kurden zu starten. Dies erklärte gegenüber Medien der Leiter der politischen Verwaltung der syrischen Armee, Brigadegeneral Hasan Ahmad Hasan. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hatte am 31. Oktober eine großangelegte Operation im Osten des Euphrat gegen die kurdischen Selbstverteidigungskräfte YPG angekündigt, die Ankara als eine mit der in der Türkei verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans verbundene Terrororganisation einstuft.

„Eine Antwort soll von allen gegeben werden – nicht nur von der syrischen Armee, sondern auch von den russischen Freunden, die ständig mit der Türkei (...) koordinieren oder Vereinbarungen schließen“, erklärte Hasan.

Ihm zufolge kann Erdogan nicht mit solchen Erklärungen auftreten, „nur dann aber, wenn er (dies) mit der amerikanischen Seite abgestimmt hat“.

Hasan bewertete die Pläne der Türkei als einen Teil des syrischen Krieges, der aus dem regionalen auf einen fast internationalen Status angewachsen sei. Er erinnerte an die Präsenz von Vertretern aus verschiedenen Ländern in den Reihen der Terrorkämpfer.

„Solange es am Persischen Golf Öl gibt, wird es auch eine Finanzierung für die USA und die takfiristische Ideologie geben. Solange Inkubatoren für die wahhabistische Ideologie in jedem Land vorhanden sind, werden auch die Terrorkämpfer existieren“, schloss Hasan.

ukrinform.ua: Poroschenko: Einmischung des Kremls bedroht Wahlen 2019 in Ukraine und in EU

Die Einmischung Russlands in die Wahlen in der Ukraine werde die EU-Wahlen gefährden, die im Mai nächsten Jahres stattfinden werden, erklärte der ukrainische Staatspräsident Petro Poroschenko in seiner gestrigen Rede auf dem Gipfeltreffen der Europäischen Volkspartei, berichtet der Pressedienst des Präsidenten.

Poroschenko dankte auch den europäischen Politikern für ihre starke Unterstützung, Einheit und Solidarität mit der Ukraine.

“Die Ukraine ist ein Vorposten bei der Abwehr der größten Herausforderung für die europäische Sicherheit und Stabilität - russische Hybridaggression“, sagte er.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs wurden über die angespannte Lage im Donbass, die anhaltende Militarisierung und die Menschenrechtsverletzungen auf der durch Russland besetzten Krim sowie über die Spannungen im Asowschen Meer und in der Straße von Kertsch informiert.

Der ukrainische Staatschef betonte die Wichtigkeit der Aufrechterhaltung und Verschärfung des Sanktionsregimes gegen die Russische Föderation. Poroschenko forderte auf, die durch den Kreml am 11. November im Donbass organisierten fake-Wahlen entschieden zu verurteilen.

Ein besonderer Akzent wurde auf der Notwendigkeit gelegt, den internationalen Druck auf die russische Seite zu erhöhen, um ukrainische politische Gefangene zu befreien.

Petro Poroschenko stellte ferner fest, dass das Jahr 2019 ausschlaggebend, sowohl für die Ukraine als auch für die EU, sein wird. Eine der Prioritäten wird die gemeinsame Reaktion auf Russlands Einmischung in Wahlprozesse sein.

de.sputniknews.com: Moskau: Mit US-Ulmaten ist Russland nicht kleinzukriegen

Die USA haben in den letzten Jahren 62 Mal Sanktionen gegen Russland verhängt. Es ist jedoch unmöglich, Moskau mit diesen Ultimaten einzuschüchtern. Das hat die Sprecherin des

russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, auf ihrer wöchentlichen Pressekonferenz erklärt.

„Seit 2011 haben die USA gegen Russland schon 62 Mal verschiedene Einschränkungen und Verbote verhängt. Die Zeit läuft, die Anlässe finden sich. Uns ist klar, dass auch andere (Strafmaßnahmen) folgen können, die mit ähnlicher Leichtfertigkeit und Verantwortungslosigkeit wie früher angewandt werden“, so Sacharowa.

„Selbstverständlich ist es einfach unmöglich, Russland mit den Ultimaten einzuschüchtern. Erschreckend ist dabei jedoch das Niveau der Professionalität der amerikanischen Akteure, die solche Erklärungen abgeben“, fuhr sie fort.

Zuvor hatte der Vertreter des US-Außenministeriums, Robert Palladino, den Kongress darüber in Kenntnis gesetzt, dass Russland den vom US-Gesetz über die Kontrolle über chemische und biologische Waffen vorgesehenen Forderungen nicht nachgekommen sei. Ihm zufolge beobachtet Washington derzeit die mögliche Auswirkung der neuen gegen Russland verhängten Sanktionen. Zudem würden auch Beratungen zu diesem Thema mit dem US-Kongress abgehalten.

Die neuen US-Sanktionen gegen Russland sind am 27. August in Kraft getreten. Anlass dafür war der angebliche C-Waffen-Anschlag auf den ehemaligen russischen Geheimdienstoffizier und Doppelagenten Sergej Skripal und seine Tochter Julia im britischen Salisbury. Den Einschränkungen sei ein US-Gesetz über die Kontrolle über chemische und biologische Waffen aus dem Jahr 1991 zugrunde gelegt worden.

Nachdem die amerikanische Seite festgestellt hatte, dass Russland keine von Washington im Fall Skripal verlangten Beweise vorgelegt hatte, wird gemäß dem erwähnten Gesetz über die Kontrolle über chemische und biologische Waffen nun das zweite Sanktionspaket in Kraft gesetzt.

Die Vergiftung der Skripals vom 4. März hatte einen großen internationalen Skandal provoziert. London behauptet, Skripal und seine Tochter seien mit dem Stoff A234 vergiftet worden, und wirft Moskau vor, in das Attentat verwickelt zu sein, weil der Giftstoff nach Angaben von Experten sowjetischer Herkunft gewesen sein soll. Moskau dementiert das kategorisch.

[ukrinform.ua: Poroschenko und Tusk besprechen Maßnahmen gegen russische Wahleinmischung](#)

Der ukrainische Staatschef Petro Poroschenko und EU-Ratspräsident Donald Tusk haben sich für eine stärkere Koordinierung der Bemühungen zur Abwehr der russischen Einmischung in die Wahlen in der Ukraine und EU im kommenden Jahr ausgesprochen.

Wie die Pressestelle von Poroschenko mitteilte, ging es um die Wahleinmischung in Form von Cyberangriffen, Desinformation und Subversion. Die Politiker trafen sich in Helsinki.

Poroschenko bedankte sich auch bei Tusk für seine „starke Messages“ zur Überstützung der Ukraine im Kampf gegen russische Aggression.

[de.sputniknews.com: So lauten inoffizielle Ideen zur Konfliktlösung im Donbass - Kiews Vertreter](#)

Der Vertreter der Ukraine in der Trilateralen Minsker Kontaktgruppe, Jewgeni Martschuk, hat am Donnerstag in einem Gespräch mit dem TV-Sender „112 Ukraina“ berichtet, welche inoffiziellen Vorschläge es zur Regelung der Situation im Donbass gibt.

Als eine der Varianten zur Konfliktlösung im Donbass nannte er den offiziellen Verzicht der Ukraine auf die Schwarzmeer-Halbinsel Krim.

„Ich nehme an weiteren zwei internationalen Plattformen für den Donbass teil. Bei Kaffeepausen sagt man, wenn die Ukraine offiziell verzichten würde, nicht etwa, dass sie verzichten, sondern das Krim-Problem beheben würde, so könne dies als eine ernsthafte

Grundlage für die Regelung von Fragen im Donbass dienen“, sagte Martschuk. Das heiÙe, dass Kiew offiziell auf die Krim verzichten sollte, erläuterte er. Sie sagen ihm zufolge, dass dies keine endgültige Entscheidung, sondern eine private sei. „Diese Gespräche führen mit mir aber bei weitem keine Privatpersonen“, so Martschuk. Indes präzisierte Martschuk nicht, wer diese Vorschläge unterbreitet haben soll. Im Osten der Ukraine schwelt seit mehr als vier Jahren ein militärischer Konflikt, der bereits mehr als 10.000 Menschenleben gefordert hat. Die ukrainische Regierung hatte im April 2014 Truppen in die östlichen Kohlefördergebiete Donezk und Lugansk geschickt, nachdem diese den nationalistischen Putsch in Kiew nicht anerkannt und unabhängige „Volksrepubliken“ ausgerufen hatten. Beim Volksentscheid am 16. März 2014 über den künftigen Status der Halbinsel Krim und der Stadt Sewastopol hatten 96,77 Prozent bzw. 95,6 Prozent für die Wiedervereinigung mit Russland gestimmt. Am 18. März 2014 war der Vertrag über die Wiedervereinigung unterzeichnet worden. Trotz des Volksentscheids betrachtet die Ukraine die Krim weiterhin als Teil ihres Territoriums, wenngleich als einen besetzten Teil. Der Kreml weist seinerseits darauf hin, dass sich die Bürger der Krim auf demokratischem Weg für den Beitritt zu Russland entschieden hätten.

[ukrinform.ua: EU-Kommissar Hahn besucht Ukraine: Reformen, Assoziierungsabkommen und Ostukraine Themen der Gespräche](#)

[Der EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen Johannes Hahn wird die Ukraine am 9. November besuchen.](#)

[Im Mittelpunkt seiner Gespräche in Kyjiw stehen Fortschritte der Ukraine bei der Umsetzung von Reformen und Assoziierungsabkommen mit der EU, teilte die EU-Botschaft in der Ukraine mit. Hahn wird sich mit Präsident Poroschenko, Regierungschef Hrojsman, Außenminister Klimkin und dem Chef des Nationalen Antikorruptionsbüro Sytnyk treffen. Geplant ist auch ein Treffen mit Vertretern der Öffentlichkeit.](#)

[Während seines Gesprächs mit Regierungschef Hrojsman wird ihm der EU-Kommissar einen Bericht über den Stand der Umsetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Ukraine präsentieren. Im Bericht werden die Fortschritte der Ukraine bei der Umsetzung des Abkommens im letzten Jahr eingeschätzt.](#)

[Johannes Hahn wird auch ein Abkommen zwischen der EU und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen \(UNDP\) über die Unterstützung der EU für die Ostukraine im Wert von 50 Millionen Euro unterzeichnen.](#)

Abends:

[rusvesna.su: In der Ukraine wurde ein polnischer Soldatenfriedhof geschändet](#)
In Iwano-Frankowsk schändeten Vandalen Betonkreuze auf dem Friedhof in Kolomye, wo polnische Gefangene des polnisch-ukrainischen Krieges von 1918 begraben sind. Dies berichtet heute, am 08. November „Polnisches Radio“.

Zeugen zufolge waren am 27. Oktober auf dem Friedhof 200 neue Gedenkkreuze aufgestellt worden. In der Nacht vom 04. zum 05. November stießen Unbekannte Dutzende der neuen Gedenkkreuze um. Einige von ihnen zerbrachen. Vertreter polnischer Organisationen meldeten den Akt des Vandalismus der Polizei und dem Sicherheitsdienst der Ukraine. Die Behörden von Kolomye haben schon einen Teil der Kreuze restauriert und Aufräumarbeiten begonnen. Die polnische Gemeinschaft der Stadt betonte, dass es in Kolomye keine interreligiösen oder ~nationalen Konflikte gebe. Ortsansässige vermuten, dass

es sich bei der Zerstörung der polnischen Gräber um eine Provokation handeln könnte.



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by_text/public/polskoe_voennoe_kladbishche_oskvernili2.jpeg